

## **Reform und Revolte.**

1968 in diachroner und transnationaler Perspektive

*Frankfurt, Römerberg-Gespräche 2018: What is left?, Errungenschaften und Bürde eines politischen Aufbruchs*

1.

Die Protestbewegungen der 1960er Jahre waren ein internationales Phänomen, das sich in nahezu allen entwickelten westlichen Industriestaaten und in transformierter Form auch in einigen Ostblockstaaten verfolgen ließ. Diese Bewegungen hatten sehr verschiedene Ursachen, die tief in den Widersprüchen der jeweils nationalen Entwicklung verankert waren. Ihre Ziele und Methoden waren ebenso heterogen wie ihre sozialen Trägergruppen. Und doch wurden sie als Teil einer weltweiten Bewegung verstanden und verstanden sich auch selbst so. Gemeinsam war ihnen vor allem die zeitliche Parallelität, die ihren greifbarsten Ausdruck im Frühjahr 1968 durch die in wenigen Wochen aufeinander folgenden Mordanschläge auf Martin Luther King, Rudi Dutschke und Robert Kennedy, aber auch den „Prager Frühling“, fand. So schienen sich die Proteste und Unruhen in den USA, in Westdeutschland, in Frankreich, Italien, Großbritannien, den Niederlanden, der Tschechoslowakei, Japan und vielen anderen Ländern direkt aufeinander zu beziehen.

Gemeinsam war ihnen auch die Grundstruktur eines generationellen Konflikts. Die ältere Generation hatte den Zweiten Weltkrieg als Erwachsene erlebt und war durch die Schrecken des Krieges geprägt und vielfach auch in soldatischen und militärischen Kategorien sozialisiert worden. Nach dem Krieg war diese Orientierung an Autoritäten und das Denken in Feindbildern durch den Kalten Krieg und durch die atomare Dauerbedrohung verlängert und verstärkt worden. Solche generalisierenden Zuschreibungen sind im Einzelnen immer zu pauschal und ungenau, kennzeichnen aber doch die überall wahrnehmbare Kluft zwischen der älteren und der nachwachsenden Generation, die solche Erfahrungen nicht gemacht hatte und die darauf begründeten Einstellungen und Verhaltensweisen der Älteren vielfach als fremd, veraltet, bedrückend oder repressiv oder alles zusammen empfand.

2.

In politischer Hinsicht stand die Enttäuschung über die unübersehbaren Widersprüche zwischen den in den Jahren nach dem Kriege formulierten Postulaten von Frieden, Gleichheit und Demokratie und der wahrgenommenen Alltagspraxis am Ausgangspunkt des Protests. Das galt besonders für die Oppositionsbewegung in den USA, deren Entwicklung das Grundmuster für die Proteste in den meisten anderen westlichen Staaten bildete und oft als direktes Vorbild diente. Hier lag der größte Widerspruch zwischen Norm und Wirklichkeit unübersehbar in der systematischen Diskriminierung der afroamerikanischen Minderheit. Dagegen hatte sich die überwiegend schwarze Bürgerrechtsbewegung gebildet, die seit den späten fünfziger Jahren immer mehr an Zulauf und Bedeutung gewonnen hatte – der Urknall der neuen Protestbewegungen in der westlichen Welt. Sie unterschied sich von den sozialen Kämpfen in den Industriestaaten der Vor- wie der Nachkriegsjahre, denn hier ging es um die Diskriminierung einer ethnischen, nicht einer sozialen Minderheit. Sie bezog sich auf Menschenrechte, nicht auf Klassenkampf. Das war, jedenfalls in diesem Ausmaß, für die Nachkriegszeit neu und fand rasch Nachahmer.

Auch die zunehmenden Proteste gegen den Krieg in Vietnam reagierten auf den Widerspruch zwischen Norm und Praxis der US-Politik. Zugleich erweiterten sich die Protestgegenstände. Die Missbilligung des amerikanischen Militärengagements in Vietnam verband sich mit der Kritik an der Ausbeutung und Unterdrückung der Länder der Dritten Welt insgesamt. Der Protest gegen Behinderungen der Meinungsfreiheit erweiterte sich zu einer Generalkritik der undemokratischen Praktiken in Politik und Gesellschaft der USA und reichte bald weit über die Universitäten und Bürgerrechtsbewegung hinaus.

Seit Mitte der sechziger Jahre verband sich die US-amerikanische Protestbewegung zudem mit einem rebellisch-schwärmerischen Lebensgefühl der jugendlichen, zunächst überwiegend studentischen Oppositionellen. Eine Sub- oder Gegenkultur bildete sich heraus, die als Symbol des kulturellen Bruchs mit den kritisierten Verhältnissen diente, indem sie ostentativ andere, neue Lebensformen ausprobierte oder doch proklamierte und sich zum anderen als hedonistische Jugendbewegung konstituierte, die in den neuen Musikstilen von Rock und Beat über Flower-Power bis zum Psychadelic ihren kulturellen Ausdruck fand und dadurch ihre Attraktionsfähigkeit über die unmittelbar an Politik Interessierten hinaus enorm steigerte.

Nach der Ermordung Martin Luther Kings, des charismatischen Sprechers der schwarzen Bürgerrechtsbewegung, und Robert Kennedys, der als Präsidentschaftskandidat die Hoffnungen auch eines Teils der kritischen Jugend verkörpert hatte, zerfiel die amerikanische Protestbewegung in verschiedene Richtungen. Während die eine zurück in die etablierten Organisationen und Parteien führte und die andere zur Gründung zahlreicher kurzlebiger linksradikaler Gruppen, konstituierte sich der Hauptstrom der amerikanischen Protestbewegung neu in eher radikal-liberalen und bürgerrechtlichen Zusammenschlüssen, deren bedeutendste zweifellos die Ökologiebewegung und das „Women's Liberation Movement“ waren. Der hier entwickelte Feminismus, der sich auf männliche Dominanz in Beruf, Öffentlichkeit und Familie bezog und neue, autonome Rollenmuster für Frauen propagierte, prägte die neue Frauenbewegung in der nachfolgenden Zeit in der gesamten westlichen Welt und darüber hinaus. Hinzu traten Organisationen benachteiligter Minderheiten, die für den Abbau von Vorurteilen und Diskriminierungen kämpften, insbesondere das Gay-movement und andere. Die weiße Arbeiterschaft spielte bei diesen neu formierten Bewegungen keine Rolle; ihre sozialen Anliegen standen vielfach eher in Opposition der Ziele des neuen „Rainbow“-Movements.

### 3.

In Frankreich hingegen waren die neuen Protestbewegungen mit den alten enger verbunden. Das Land hatte in den 1950er und 1960er Jahren ebenfalls einen enormen sozialen und wirtschaftlichen Aufschwung erlebt. Allerdings waren die Klassenstrukturen nicht so schnell und so stark ins Rutschen geraten, wie das in den USA oder auch der Bundesrepublik der Fall war. Gewerkschaften und kommunistische Partei waren die unbestrittenen Zentralen der Arbeiterproteste, die auch in den sechziger Jahren in den vertrauten Bahnen des Klassenkampfes verliefen. Als „dunkler Kern“ der innerfranzösischen Konflikte sind jedoch die Nachwirkungen der Kolonialpolitik zu erkennen, insbesondere des Kriegs gegen die algerische Unabhängigkeitsbewegung, der nach achtjähriger Dauer im Jahre 1961/62 das Ende der Dritten Republik bedeutet und den Beginn der Präsidentschaft de Gaulles nach sich gezogen hatte.

Als sich im November 1967 in Paris erste Studentenproteste entzündeten, verbanden sie sich rasch mit Protesten von Pariser Künstlern und Intellektuellen, dann mit den Streiks der Arbeiter der Garnier-Werke in Redon und weiteten sich im Mai des Jahres explosionsartig aus. Barrikadenkämpfe in Paris, Arbeiterproteste, Streiks, schließlich ein Generalstreik – die zunächst eher akzidentiellen studentischen Proteste wirkten hier wie der Funke am Pulverfass.

Ähnlich in Italien. Auch hier fand der Protest der Studenten gegen ihre miserablen Studienbedingungen und Berufsaussichten enge Berührung mit den militanten Streiks und Kämpfen der Industriearbeiter, die sich von ihren Gewerkschaften nicht mehr vertreten fanden. Weniger als in den USA ging es in Italien um Demokratisierung und Bürgerrechte. Hier kämpften revolutionäre linksradikale Gruppen von Arbeitern und Studenten gegen die kapitalistische Wirtschaft und den bürgerlichen Staat.

Gehörte auch der Prager Frühling in diesen Zusammenhang? Ja und nein. Ja, weil sich die Auseinandersetzungen zwischen Regime und Opposition auch an der Frage der Meinungsfreiheit und der gemäßigten Liberalisierung des Regimes entzündeten und Schriftsteller wie Pavel Kohout und Václav Havel hierbei eine zentrale Rolle spielten; weil die kulturrevolutionären Elemente der westlichen Protestbewegung, vor allem die Rock- und Beatmusik einen enormen Einfluss auf die Jugend des Landes ausübte. Und nicht zuletzt, weil die Unruhen in Prag am 31. Oktober 1967 mit Protesten der Studenten gegen die Zustände in ihren Wohnheimen begannen – exakt der Anlass, der wenige Tage später in Paris Nanterre den Beginn der Studentenunruhen in Paris markierte. - *Nein*, weil die Auseinandersetzungen dieser Monate in der Tschechoslowakei vor allem eine Konfrontation innerhalb der Kommunistischen Partei um die Bewältigung der chronischen und sich verschärfenden Wirtschaftsmisere des Landes darstellten, letztlich des Kampfes zweier Linien innerhalb des sowjetisch dominierten Kommunismus, der sich in Schüben seit der Nachkriegszeit (oder schon viel früher) stetig wiederholte.

4.

In diesem internationalen Kontext ist die Entwicklung der Protestbewegung in der Bundesrepublik klarer zu verorten. In Struktur und Verlauf war sie dem amerikanischen Vorbild ähnlicher als den Revolten in Frankreich und Italien. In Westdeutschland waren die sozialen Veränderungen der fünfziger und sechziger Jahre besonders

rasch und nachhaltig vor sich gegangen. In Antwort darauf und gegen den Überhang traditionsorientierter Kräfte hatte sich seit den frühen 1960er Jahren, zum Teil schon früher, Liberalisierungsprozesse herausgebildet, die vor allem in den Bereichen der Justiz, der Kultur, der Erziehung, der Fragen von Ehe und Moral, der Kritik nicht leistungsbezogener Autorität wirksam wurden und bereits in den Reformprogrammen der Großen Koalition ersten Niederschlag fanden.

Eine wichtige, katalysatorische Bedeutung kam dabei jenem Milieu von Schriftstellern und Intellektuellen zu, das schon seit den späten 1950er Jahren die Differenz zwischen demokratischem Postulat und westdeutscher Wirklichkeit zum Ausgangspunkt einer kritischen Auseinandersetzung machte. Neu war daran, dass sie die Existenz der Bundesrepublik und ihre politische, mehr noch ihre kulturelle Westbindung zur akzeptierten Voraussetzung nahm. Das geschah, trotz mancher Berührungspunkte, in deutlicher Distanz zur traditionellen Linken und deren Kritik an Weststaat, Marktwirtschaft und parlamentarischer Demokratie: ein Engagement zur Verbesserung des westlich orientierten demokratischen Kapitalismus, nicht zu seiner Überwindung.

Mit der Kampagne gegen die Notstandsgesetze erreichte die oppositionelle Bewegung eine neue Qualität. Ausgangspunkt waren hier die Vorbehaltsrechte, die sich die Westalliierten im Deutschlandvertrag von 1952 im Falle eines inneren oder äußeren Notstands gesichert hatten und nun in die Hand der Deutschen zurückfallen sollten. Bereits der erste, 1960 von Innenminister Schröder vorgelegte Entwurf verstand den Notstand auch ganz in diesem Sinne als „Stunde der Exekutive“ und sah für einen solchen Fall die weitgehende Entmachtung des Parlaments, den Einsatz der Bundeswehr im Innern auf Weisung der Regierung und das Verbot von Streiks vor. Die hier entwickelten Vorstellungen resultierten erkennbar aus dem Konzept der autoritären Demokratie und trugen noch deutliche Spuren des Artikels 48 der Weimarer Verfassung in sich. Das weckte rasch Reminiszenzen an das Ermächtigungsgesetz von 1933, zumal mit der Spiegel-Affäre das Vertrauen in die demokratische Standfestigkeit der Regierung beschädigt worden war.

5. Auch die Entstehung der Protestbewegung an den Hochschulen der Bundesrepublik ist eng mit jener an den amerikanischen Universitäten verbunden, zu der auch vielgestaltige personelle Verbindungen bestanden. Hier wie dort waren es Beschneidungen des geforderten Rechts auf freie Meinungsäußerung an den Hoch-

schulen, auf die die ersten Ansätze der Studentenbewegung reagierten. Allerdings sollten die politischen Anliegen nicht mit den Protestformen der klassischen linken Bewegungen vertreten werden, sondern auf neue, phantasiereiche Weise, für die sich in der Tradition der Arbeiterparteien keine Vorbilder fanden, wohl aber in der amerikanischen Bürgerrechtsbewegung und an den Universitäten in den USA. Und Ziel der Kritik waren nun nicht mehr allein Staat und Unternehmer, sondern „Establishment“ und „schweigende Mehrheit“, wie die neuen Begriffe hießen, die nun in aller Munde waren. Die Position, die dem entgegengehalten wurde, war nicht primär sozial, sondern kulturell und politisch definiert: „Antiautoritär“ war der ebenso einheitsstiftende wie mobilisierende Sammelbegriff für diese Stoßrichtung, die sich seit 1964/65 im SDS und darüber hinaus durchzusetzen begann.

Mit den Protestbewegungen in den USA und den meisten anderen westlichen Ländern teilten die protestierenden Studenten in Westdeutschland auch das Engagement für die Völker der „Dritten Welt“ und die Befreiungsbewegungen in den kolonialisierten Ländern. In Großbritannien, Frankreich oder auch den Niederlanden war damit jedoch zugleich eine Auseinandersetzung mit der eigenen, ja noch nicht oder kaum überwundenen kolonialen Vergangenheit und postkolonialen Gegenwart verbunden. In der Bundesrepublik gründete die Sympathie für die sog. „Entwicklungsländer“ und der Protest gegen die neuen Herrscher in der südlichen Hemisphäre hingegen eher auf einer moralischen, menschenrechtlich begründeten Haltung und weniger auf eigener historischer Verstrickung in die Verbrechensgeschichte des Kolonialismus – die es ja auch gab, aber zu dieser Zeit wenig thematisiert wurde. Aber nicht zufällig gehörte die Protestdemonstration gegen den kongolesischen Diktator Tschombé, der 1964 die Bundesrepublik besuchte, zu den ersten Manifestationen des Protests der antiautoritären Studenten – „die Geburtsstunde unserer Kulturrevolution“, wie Dutschke später erklärte.

Es war jedoch auch hier vor allem der Krieg in Vietnam, der seinen Höhepunkt in diesen Tagen erreichte und eine breite Protestbewegung herausforderte. Viel größer als in Vietnam konnte der Widerspruch zwischen demokratischem Postulat und kriegerischer Wirklichkeit der westlichen Vormacht nicht gedacht werden. Bei der Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung und zumal in West-Berlin stießen Demonstrationen gegen die US-amerikanische Kriegsführung in Vietnam allerdings auf Unverständnis.

Während hier die Amerikaner als die Befreier vom Nationalsozialismus und Beschützer vor dem Kommunismus gefeiert wurden, wandten sich die Studenten gegen jene Amerikaner, die in Südostasien einen ungerechtfertigten, sich stetig ausdehnenden Krieg führten. Beide Weltbilder waren miteinander kaum vereinbar.

5.

Bei allen Gemeinsamkeiten der westdeutschen mit der internationalen, vor allem der amerikanischen Protestbewegung – der Bezug auf die NS-Vergangenheit der deutschen Gesellschaft unterschied die Entwicklung in der Bundesrepublik doch grundlegend von der in allen anderen Ländern. Auch hier schuf die studentische Protestbewegung keine neuen Ansätze, sondern verstärkte und radikalisierte jene wachsende Kritik an der „unbewältigten Vergangenheit“, wie sie sich seit den frühen sechziger Jahren entfaltet hatte. Aber die Generation der in den vierziger Jahren Geborenen, die nun auf den Plan trat, war die erste, welche keine eigenen Erinnerungen an Krieg und Nationalsozialismus mehr besaßen, während die „skeptische Generation“ der um 1930 Geborenen die Schrecken der letzten Kriegsjahre ja zumindest noch als Flakhelfer erlebt hatte. Das wirkte als Erfahrungsbruch und ließ bei den Jüngeren, den später so genannten „Achtundsechzigern“, Rücksichten und Verständnis für die Lage der Elterngeneration zurücktreten. Sie waren in einer Atmosphäre des peinlichen Schweigens aufgewachsen, in der sich Hinweise auf begangene Verbrechen in den verstümmelten Biografien der Eltern oder in Berichten über das Auftauchen einstiger Nationalsozialisten in der Bundesrepublik eher angedeutet als offenbart hatten.

Insofern war der stetige Rekurs auf die NS-Vergangenheit plausibel und gewiss auch unvermeidbar. Allerdings wurde er im Zuge dieser Auseinandersetzungen auch banalisiert und der Begriff „Faschismus“ als Chiffre für nahezu alle kritisierten Elemente der westdeutschen Gegenwart verwandt.: Autoritäre Strukturen, undemokratische Verfahren und repressive Erziehungsmethoden wurden pauschalisiert als Beleg für die weiterwirkenden Traditionen des „Faschismus“ begriffen und dadurch gewissermaßen unrettbar delegitimiert – selbst wenn jene autoritären Strukturen auch in anderen Ländern auftraten, die keine nationalsozialistische Herrschaft erlebt hatten. Auf diese Weise wurde der Unterschied zwischen dem demokratischen Rechtsstaat Bundesrepublik und der NS-Diktatur bagatellisiert. Man kann das als „zweite Verdrängung“ apostrophieren, als Variante der deutschen Suche nach Distanz zur ge-

erbten Geschichte. Aber andererseits war dieser Generation von ihren Vorgängern eine historische Last übertragen worden, die sie unter allen Umständen überfordern musste. Trotz aller Ab- und Umwege blieb der Bezug zu den Verbrechen der NS-Geschichte ein Ausgangspunkt der westdeutschen Protestbewegung – und wohl auch die wichtigste Ursache ihrer überschießenden Radikalisierung.

6.

Mit dem 2. Juni 1967, als bei einer Demonstration gegen den Besuch des Schahs von Persien vor der Deutschen Oper in West-Berlin ein Polizist den Demonstranten Benno Ohnesorg erschoss, änderte sich alles. Hier kam auch alles zusammen: eine Demonstration gegen einen vom Westen alimentierten Tyrannen der „Dritten Welt“, der sein Land ausbeutete und die Bevölkerung blutig unterdrückte; eine von den Boulevard-Zeitungen aufgeputschte West-Berliner Öffentlichkeit, die den „Terror der Jung-Roten“ endlich beenden wollte; eine Garde von persischen Geheimdienst-Mitarbeitern, die mit Duldung der Berliner Polizei auf die Demonstranten einzuschlagen begann, und Polizei-Einheiten, die zum Teil von einer Art latenter Bürgerkriegsbereitschaft getrieben schienen. Der 2. Juni wurde zum Wendepunkt der Revolte, und er markierte er den Moment, als in die bis dahin ja sehr zivilen Proteste das Element der Gewalt hinzutrat, das die innenpolitischen Auseinandersetzungen von nun an für mehr als zehn Jahre begleiten sollte.

Die Demonstrationen wurden nun lauter, die Forderungen radikaler. Die Gegenstände des Protests weiteten sich aus – gegen Bürokratie und Kapital, gegen Konsumterror und Vietnamkrieg, gegen Entfremdung und Repression, gegen Sowjetunion und USA, gegen Faschismus und Springer-Verlag: ein Kaleidoskop der Bedrängungen, verbunden durch das eher diffuse Empfinden, dass alles mit allem zusammenhing. Dabei war es für manche „Führer“ der Studentenbewegung von der Empörung über das „Diskussionsverbot“ an der Universität bis zur Wahrnehmung einer revolutionären Krise im Weltmaßstab oft nur ein kleiner Schritt. Die Vorstellung, dass man in einer Phase der welthistorischen Entscheidungen lebte und womöglich in deren Zentrum stand, die Idee „von einem erfüllten Zeitpunkt, an dem alles zusammenkommt, getragen vom ‚Traum des Unbedingten‘“, verlieh der Situation in den Zentren der Studentenproteste eine Suggestion der Bedeutsamkeit und der globalen Dringlichkeit.



Diese Wahrnehmung wurde durch das Attentat auf Rudi Dutschke am 11. April 1968 auf die Spitze getrieben. Sofort und von allen Seiten wurde das Attentat in eine Linie mit den Morden an Martin Luther King am 4. April in Memphis und dann auch an Robert Kennedy am 6. Juni in Los Angeles gestellt. Diese internationale Konstellation verlieh der aufflammenden Empörung hier wie dort gleichermaßen Anlass wie Bestätigung. Nun entstanden in vielen Zirkeln der Studentenbewegung Debatten über Gewalt und Gegengewalt. Sie speisten sich zum einen aus der Empfindung der Ohnmacht gegenüber dem Auftreten der Staatsmacht, bald aber bereits aus der Solidarisierung mit den revolutionären Bewegungen in den Ländern der Dritten Welt. Die Proteste der linken Studenten seien Teil einer globalen Bewegung der Unterdrückten gegen die Unterdrücker, die ihren zugespitzten Ausdruck in den Befreiungsbewegungen und Guerillagruppen in den Ländern der Dritten Welt finde, hörte man nun auf den Kongressen des SDS.

Solches trug durchaus Früchte. Als im April 1968 eine Gruppe aus dem Umfeld des Berliner SDS ein Frankfurter Kaufhaus in Brand setzte, um so ein Fanal gegen die amerikanischen Brandbomben in Vietnam zu setzen, war dies der Ausgangspunkt des Terrorismus der späteren „Rote Armee Fraktion“. Eine andere Gruppe Gewaltbereiter benannte sich gleich nach dem Symboldatum der Eskalation: Bewegung 2. Juni. Wie sich später herausstellte, aber schon zeitgenössisch geahnt wurde, hatte diese wie andere Gruppen Sprengstoff und Waffen von einem V-Mann des Berliner Verfassungsschutzes erhalten, dessen Aufgabe darin bestand, die verbale Gewaltbereitschaft der linken Gruppen in tatsächliche Gewalt zu überführen, um sie dann dingfest machen zu können. Gewalterwartung und Gewaltbereitschaft forcierten sich wechselseitig, eine Spirale der gewollten Eskalation.

7.

Es ist in den Erinnerungen wie in der Forschung durchaus umstritten, ob mit dem Jahr 1969 das Ende von „Achtundsechzig“ erreicht war oder ob die Revolte in veränderter Form fortgesetzt wurde. Dass die bisherige Form der Protestbewegung an ihr Ende gekommen war, schien aber offensichtlich. In welcher Weise man sie fortsetzen sollte, war unter den Protagonisten und Anhängern gänzlich umstritten. Durch die Regierungsübernahme der sozialliberalen Koalition unter Bundeskanzler Willy Brandt wurde vielen Anliegen von APO und Studentenbewegung, wenn auch nicht deren ra-

dikaler Anführer, politisch wie symbolisch Rechnung getragen. So strömte ein Teil der Anhänger der Protestbewegung, vielleicht zahlenmäßig der größte, in die etablierten Parteien, in erster Linie in die SPD, wo er mit den „Jungsozialisten“ bald einen zwischenzeitlich einflussreichen neolinken Flügel bildete.

Ein zweiter Teil orientierte sich neu und erheblich radikaler. Da die spontane, antiautoritäre Bewegung gescheitert schien, suchten viele nach theoretischen Konzepten für die Fortsetzung und Ausdehnung ihres linksradikalen Aktivismus – und fanden ihn ausgerechnet in den orthodoxen Szenarien der Kommunistischen Bewegung. Viele der linken Studenten fanden sich nun in rasch gegründeten maoistischen K-Parteien oder der im studentischen Milieu bald einflussreichen moskautreuen DKP zusammen. Dass sie damit zugleich ihren eigenen politischen Ausgangspunkt, nämlich die Schaffung demokratischerer Verhältnisse in der Bundesrepublik und weltweit, denunzierten, wurde in Kauf genommen.

Nun war dies keine spezifisch deutsche Entwicklung, sondern entsprach recht genau derjenigen in den meisten anderen westlichen Ländern, vor allem in Frankreich und Italien. Der sich hier rasch herausbildende bolschewistische Kommandoton, die Vernachlässigung, ja Verachtung demokratischer Prinzipien in diesen Gruppen, auch die Bereitschaft zur parteisoldatischen Unterordnung in zentralistischen Kaderparteien und die Akzeptanz politischer Theorien wie die des Marxismus-Leninismus oder des Maoismus, die in der Sowjetunion und in China Millionen von Toten und Lagerhäftlingen mit sich gebracht hatten – das alles gehört unzweifelhaft zu den abstrusesten Entwicklungen der westdeutschen wie der westeuropäischen Nachkriegsgeschichte.

Aufschlussreicher war indes der dritte Ausläufer der Studentenbewegung, der sich nach den Vorbildern des US-amerikanischen Rainbow-Movements herausbildete - oft eher eine „Szene“ als ein politisch klar formulierbares. Hier bildeten sich die ersten Ansätze für das sich in den siebziger Jahren stetig ausweitende „alternative Milieu“ heraus, das durch Häuserbesetzungen oder Anti-Atom-Demonstrationen große Breitenwirkung erreichte, zunehmend aber auch eine Gegenwelt aus Wohngemeinschaften, Handwerksbetrieben, Buchläden und Kneipen hervorbrachte, die für einige Jahre von der bürgerlichen Welt weitgehend abgeschlossen schien. Aus dieser Szene heraus entwickelten sich auch jene Bewegungen, die in den 70er Jahren neue Politikfelder eröffneten und dabei nachhaltiger wirksam wurden als dies für die links-

radikalen Gruppen nach 1968 galt – die ökologische Bewegung, die Schwulenbewegung, die Selbstorganisation der Behinderten und vor allem die feministische Bewegung heraus. Auch deren Vorläufer kann man bis in die frühen 1960er Jahre zurückverfolgen; 1968 hatte sie sich in zugespitzter Weise zunächst innerhalb des SDS bemerkbar gemacht - im Aufbegehren der weiblichen Mitglieder der Organisation gegen die tonangebenden und autoritär auftretenden männlichen Anführer. Danach aber gewann die neue Frauenbewegung rasch erheblichen Zulauf und Zustimmung weit über die studentenbewegten und linken Kreise hinaus, mit den Kernanliegen der Politisierung der vielfältigen Formen sozialer Ungleichheit zwischen Männern und Frauen und des Abbaus geschlechtsbedingter Diskriminierungen, vor allem des Paragraphen 218.

8.

Eine generalisierende Einordnung jenes Prozesses, der von der „APO“ über die „Studentenbewegung“ bis hin zu alternativem Milieu, K-Gruppen und Terrorismus reicht, ist wegen seines oszillierenden und widersprüchlichen Charakters nicht einfach. Einerseits wird deutlich, dass die Protestbewegung in der Bundesrepublik dazu beitrug, die zuvor bereits angelegten Entwicklungen hin zu einer weniger autoritären und patriarchalischen, liberaleren und demokratischeren Gesellschaft zu verstärken, zu beschleunigen und zu verbreitern. Insofern war sie Ausdruck einer gesellschaftlichen Grundwelle, die von den späten fünfziger bis in die achtziger Jahre verfolgt werden kann. Andererseits: Gerade weil die Verhältnisse, gegen die man antrat, so autoritär, patriarchalisch und illiberal waren, schienen immer weitere, radikalere Schritte zu ihrer Veränderung nötig und gerechtfertigt. Hier war, wie bei fast allen Revolten der Neuzeit, der Ansatz zur Überdehnung, zur Radikalisierung bis zur schließlichen Unkenntlichkeit angelegt. Diese Radikalisierungen sind insofern als überschießende Reaktionen auf die tatsächlich bestehenden Liberalitäts- und Modernitätsdefizite zu begreifen, als Überdehnungen ins gegenteilige Extrem. Dass dies in Westdeutschland, Frankreich und Italien, auch in Japan, zu besonders scharfen Eruptionen bis hin zur Entstehung linksradikaler Terroristengruppen führte, kann angesichts der hier besonders augenfälligen antidemokratischen Überhänge – Hitler, Petain, Mussolini – nicht verwundern.

Dabei führten die benannten „überschießenden Reaktionen“ dazu, dass bei einem nicht geringen Teil der akademischen Jugend in den 1970er Jahren zugleich ein Gestus der Entfremdung, ja Verachtung gegenüber Demokratie und Rechtsstaat aufkam, verbunden mit der Akzeptanz, ja der Bewunderung monströser Diktaturen und der Begeisterung für Befreiungsbewegungen, welche sich alsbald als weder freiheitlich noch demokratisch erwiesen. Die Gleichung, wonach selbst die radikalsten antiliberalen und antidemokratischen Ausprägungen von „1968“ im Effekt dennoch die fortschreitende Liberalisierung der westdeutschen Gesellschaft befördert hätten, geht nicht auf, sondern hinterlässt Widersprüche und offene Fragen.

Diese Widersprüche hat der Frankfurter Thomas Schmid in einem klugen Artikel, wie er nur melancholischen Renegaten gelingt, so formuliert: „Dass die Republik keine ist, wenn sie die Blasphemie nicht aushält; dass Eltern kein angestammtes Recht aufs Kinderprügeln haben; dass der Staat nur das Haus, die Gesellschaft, die selbsttätige, aber das Leben ist; dass es ein im Zweifel der Begründung enthobenes Bürgerrecht aufs Nein-Sagen gibt; dass der Konflikt die Gesellschaft nicht bedroht, sondern erwünschter Normalfall ist; dass Jugendkulturen das Recht haben, sich unter beträchtlichem musikalischem Lärmaufwand apart zu setzen; dass Mütter, denen der Vater ihrer Kinder abhanden gekommen ist, nicht Mütter minderer Ordnung sind; dass Verlierer und Gestrandete kein Gran ihrer Menschenwürde verlieren; dass uns die Tragödien auf der anderen Seite des Globus etwas angehen: All diese Einsichten verdanken wir nicht ‚Achtundsechzig‘, sondern dem hellen Zug der Zeit.“ Wobei, so könnte man ergänzen, der helle Zug der Zeit nun aber auch nicht von alleine marschierte. „Doch „Achtundsechzig“ hat, so weiter Schmid, „ - spielerisch, intolerant, großsprecherisch, mit heißem Herzen und in einem Kult der Individualität, der alle Reden vom Segen des Kollektivs Lügen strafte - dazu beigetragen, dass sie sich durchsetzen konnten. Die andere Seite dieses Erbes, die von der RAF ... bis zur Diskreditierung der liberalen Freiheit reicht, macht dies nicht ungeschehen.“